

PUNKT 5:

WER MIT VERLAGERUNG ODER BETRIEBS-SCHLISSUNG DROHT, GEHÖRT ENTEIGNET

Wer Werke oder Teile der Produktion verlagern will, gehört entschädigungslos enteignet. Die Betriebe sollen unter Kontrolle der Beschäftigten weitergeführt, die Produktion auf sinnvolle Produkte umgestellt werden.

PUNKT 6:

KEINE SUBVENTIONEN FÜR ARBEITSPLATZ-ZERSTÖRER

Statt Milliarden öffentlicher Gelder an Konzerne zu geben, die sich damit im internationalen Konkurrenzkampf aufstellen und gleichzeitig Löhne senken und Arbeitsplätze vernichten oder verlagern, sollten unsere Steuergelder zur Anschubfinanzierung für enteignete und von Belegschaften demokratisch geführte Betriebe verwendet werden. Es sind umfassende öffentliche Investitionen nötig, um z.B. die Betriebe klimagerecht umzubauen und ein gutes Verkehrssystem zu schaffen. Verschwenden wir sie nicht an die Aktionäre!

PUNKT 7:

GEMEINSAM MIT DER UMWELTBEWEGUNG FÜR KLIMAGERECHTE PRODUKTE

Seitens der Kapitalverbände, CSU/CDU, FDP und der AfD wird die Klimabewegung als Gegner der Beschäftigten in der Automobilindustrie dargestellt. Es wird behauptet, eine Konversion von der Auto-Produktion zu klimagerechten Produkten zum Beispiel für den ÖPNV sei „nicht umsetzbar“ oder „zu kompliziert“. Dabei bereiten die Konzerne gerade eine für die Zukunft der Menschheit äußerst negative Konversion vor: vom Auto zum Panzer. Die Konzernbosse klagen nicht darüber, dass dies technisch schwierig sei, der Prozess hat begonnen und läuft fast geräuschlos ab. Technisch möglich wäre vieles, auch die Konversion der Autoindustrie hin zu umweltverträglichen Produkten, dafür sollte sich die IGM einsetzen, im Bündnis mit der Klimabewegung.

PUNKT 8:

NEIN ZU KRIEGSTREIBEREI UND „STAATSRÄSON“

Die IG Metall muss eindeutig gegen Krieg und Aufrüstung Stellung beziehen statt mit Vertreter*innen der Rüstungsindustrie, Wirtschaftslobbyisten von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen Werbung für die deutsche Rüstung zu betreiben. Aufrüstung und Militarismus werden finanziert durch die unfreiwilligen „Opfer“ der arbeitenden Klasse – durch Sozialkürzungen und fehlende

Investitionen für Bildung, Gesundheit und bezahlbares Wohnen. Die kommende Generation der Kolleg*innen wird auf den Wehrdienst vorbereitet, mit der Illusion, Aufrüstung und Kriege würden Kriege verhindern oder man könnte heute noch „siegreich“ sein. In Gaza und Libanon sterben unsere Klassenschwestern und -brüder durch Waffen, die auch Deutschland an die israelische Armee geliefert hat. Die arbeitende Klasse braucht keine „Staatsräson“, sondern die internationale Solidarität gegen Krieg und Unterdrückung.

PUNKT 9:

KOMPROMISSE? NACH DEM KAMPF!

Die neue unionsgeführte Regierung wird die Kosten für ihre Aufrüstung auf die arbeitende Klasse abwälzen. Sie weigert sich die Reichen höher zu besteuern. Das Bürgergeld soll gekürzt werden, auch Rente, Lohnfortzahlung und weitere Sozialleistungen sind in Gefahr. Die Regierung wird versuchen, die demokratischen Rechte einzuschränken. Die Gewerkschaften können dabei nicht „neutral“ sein, sie gehören in die erste Linie der Opposition gegen diese Politik für das Kapital, insbesondere die IGM als potenziell mächtigste Gewerkschaft.

PUNKT 10:

KOMPROMISSE? NACH DEM KAMPF!

Kompromisse gibt es am Ende eines Kampfes, nicht am Anfang. Die IGM hat in der Tarifrunde MuE und bei VW nicht versucht zu kämpfen. Daher bleibt die Frage offen, was durch einen Streik möglich gewesen wäre. Solch ein Vorgehen führt zur Schwächung der Kampfkraft. Ein Kompromiss am Ende eines Kampfes hat einen anderen Stellenwert und ist mit anderen Erfahrungen verbunden, als wenn man gar nicht erst gekämpft hat.

PUNKT 11:

SELBST MACHEN!

Wir müssen aufhören, auf die Vorstände, Gewerkschafts-Sekretär*innen und Betriebsratsvorsitzenden zu vertrauen. Wir brauchen Bewegung an der Basis und eigene Meinungen. Nicht schimpfen oder ärgern, sondern gemeinsam diskutieren und handeln.

KÜRZUNGSPROGRAMM BEI VW –

EINE NIEDERLAGE FÜR DIE GANZE KLASSE

Die vom Vorstand verkündeten Maximalziele - Schließung von drei Werken, betriebsbedingte Kündigungen, Senkung des Monatsentgelts um 10-20% - wurden mit der Vereinbarung vom 20. Dezember abgewendet. Doch dieses „Weihnachtswunder von Hannover“ ist nur die taktische Oberfläche - strategisch haben die Verantwortlichen von IGM und Betriebsrat eine Niederlage organisiert.

Der VW-Betriebsrat nennt es „solidarisch erwirkter Erhalt aller Standorte samt Zukunftsperspektiven“. Man könnte auch sagen: Die Kolleg*innen bezahlen selbst dafür, dass sie nicht betriebsbedingt gekündigt, sondern dass bis 2030 35.000 Arbeitsplätze „sozialverträglich“ vernichtet werden. Nach Angaben des Vorstandes werden die Arbeitskosten jährlich um 1,5 Milliarden Euro gesenkt, Verringerung und Verlagerung der Produktion bringen weitere 2,5 Milliarden Ersparnis.

2023 hat VW 18 Milliarden Euro Nettogewinn gemacht, 4,5 Milliarden wurden an die Anteilseigner*innen ausgeschüttet, allein 2 Milliarden an die Porsche-Pfösch-Familie. Der Konzern verfügt über 147 Milliarden Euro Gewinnrücklagen. Auch 2024 war profitabel, in den ersten drei Quartalen wurde ein Gewinn nach Steuern von 9 Milliarden Euro erreicht.



Die 5,1% Entgelt-Erhöhung aus der Tarifrunde Metall-Elektro wurde zwar übernommen. Doch sie wird sechs Jahre lang nicht ausgezahlt und geht in einen Topf zur „Beschäftigungssicherung“. Dazu kommt die Streichung von Urlaubsgeld und Mai-Bonus, die ab 2026 schrittweise wieder eingeführt werden. In einem Betriebsrats-Info wird vorgerechnet, dass Kolleg*innen mit einer Entgeltstufe 8 (in der Produktion) in 2026 einen Verlust von knapp 3800 Euro auf den bisherigen Lohn berechnet hinnehmen – monatlich 315 Euro weniger als bisher.

Die Arbeitszeit wird für 40% der Belegschaft von 34 auf 35 Stunden verlängert (für die seit 2005 Eingestellten galten schon längere Arbeitszeiten), dafür gibt es einen teilweisen Lohnausgleich. Im Werk Wolfsburg wird die Vernichtung von Arbeitsplätzen ergänzt durch verpflichtende Mehrarbeit an Samstagen und Sonntagen - eine profitable Kombination von Lohnraub und verlängerten Arbeitszeiten.

Mit dem Abschluss sind keineswegs alle Werke gesichert. 2027 ist Schluss mit Autoproduktion in Osnabrück. Die Produktion in der „Gläsernen Manufaktur“ in Dresden - bisher 6000 Autos jährlich - wird Ende 2025 definitiv eingestellt. Auch das Werk in Zwickau (Sachsen) ist gefährdet.

Die IGM bezeichnete die Pläne des VW-Vorstandes als „Horrorzenario“, das verhindert werden konnte. Dass mit diesem Szenario möglicherweise „Entsetzen“ (= Horror) erzeugt werden sollte, um alle weniger schlimmen Szenarien als erträglich und eher akzeptabel erscheinen zu lassen, verschweigt sie.

Diese Niederlage der IG Metall bringt sie auf den tiefsten Punkt ihrer Geschichte. Sie hat an ihrer stärksten Bastion den schlimmsten Angriff seit Jahrzehnten zugelassen. Sie hat ihn nicht wirklich bekämpft, sondern „mitgestaltet“. Dass Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung durch die Unterschrift der IGM kampflos erreicht wurden, ermutigt die Bosse im ganzen Land. Diese Lehre verbreiten die Konzernchefs und ihre politischen Vertreter*innen bereits, unter anderem bei Daimler und Audi.